

## Flüchtlingskinder lange ohne Unterricht

**M**ehr als 20 Kinder aus der Gemeinschaftsunterkunft Neuhardenberg konnten monatelang nicht am Schulunterricht teilnehmen, da sich die zuständige Schulleiterin weigerte, diese Kinder aufzunehmen. Diese Verletzung der Schulpflicht bot dem zuständigen Fachausschuss für Gesundheit, Integration und Soziales des Kreistages Märkisch-Oderland am 19. Mai in Strausberg reichlich Diskussionsstoff. Konkrete

Antworten konnte die Kreisverwaltung zu dem Vorfall den Abgeordneten hier allerdings noch nicht geben, da diese erst am Vortag von dem Vorfall Kenntnis erhalten hatte. Darum wandte sich jetzt Gabriele Gottschling von der LINKEN mit Nachfragen an Landrat, Gernot Schmidt. Sie wollte wissen, warum die Verwaltung des Landkreises erst nach fünf Monaten von dieser Situation erfuhr. Wer hatte hier Meldepflicht? Und um wie viele Kinder welcher Altersgruppen handelt es sich ge-

nau? Aus welchem Grund hatte die Schulleiterin den Schulbesuch in ihrer Schule im Januar abgelehnt? Außerdem, was wurde unternommen, um die Schulpflicht für die betroffenen Kinder schnellstmöglich ermöglichen zu können?

Inzwischen hat die Kreisverwaltung ermöglicht, dass die Kinder wie gesetzlich vorgegeben in Wriezen und Neutrebbin die Schule besuchen können.

Doch bleiben noch viele Fragen zu klären.

r. a.



## DIE LINKE und Corona

Hat sich DIE LINKE in der Corona-Krise zu sehr der Regierungspolitik angepasst? Hat sie ihre Oppositionsaufgabe genügend wahrgenommen? „Eigene Ansätze zum Umgang mit der Pandemie waren und sind nicht vorhanden oder werden nicht wirksam in die Öffentlichkeit transportiert“, meint Reimar Pflanz, Mitglied des Kreisvorstandes Märkisch-Oderland, in einem Leserbrief in den Impulsen im Mai.

„In Brandenburg gibt es außer uns keine Partei, die die sozialen Verwerfungen ernstzunehmend während der Krise kritisiert“, schreiben dagegen Tom Berthold und Martin Günther, Mitglieder des Parteivorstandes Brandenburg, in einem Debattenbeitrag. „Während staatliches Handeln sich auf die Durchsetzung der

ordnungsrechtlichen Maßnahmen und vor allem Wirtschaftshilfe fokussiert, wissen viele nicht, wie sie über die Runden kommen sollen. Das Kurzarbeitergeld reicht nicht, einige verlieren ihre Arbeit vollständig. Beim Homeschooling sind Kinder aus einkommensschwachen Familien oder solchen, deren Eltern systemrelevante Berufe ausüben noch deutlicher benachteiligt als im normalen Schulbetrieb“, heißt es in dem Papier.

Zu all diesen und weiteren Problemen hat die Linkspartei mit Anträgen und Anfragen in Bundes-, Landes- und Kreisparlamenten während der gesamten Pandemie-Zeit staatliche Zuschüsse verlangt: Mehr Kurzarbeitergeld auf mindestens 90 Prozent, Erhöhung der Grundsicherung um 100 Euro, bessere Bezahlung von Pflegekräften, keine Ware Gesundheitswesen, zinsfreie Darlehen für von der

Krise betroffene Mieterinnen und Mieter wie Gewerbetreibende, mehr Geld für Laptops für Schüler ...

In Brandenburg fordert die Linksfraktion beispielsweise

- Einen Schutzschirm für die Kommunen: 150 Mio. Euro Gewerbesteuer-Landesanteil
- Unterstützung von kommunalen Eigenbetrieben, z. B. Gesundheitswesen, ÖPNV usw.: rund 150 Mio. Euro
- Unterstützung für Solo-Selbstständige, Kleinunternehmerinnen und Kleinunternehmer sowie Freischaffende zum Lebensunterhalt: 100 Mio. Euro
- Vermeidung und Verminderung wirtschaftlicher Existenzgefährdungen, Insolvenzen und Betriebsaufgaben von Unternehmen im touristischen Bereich: 100 Mio. Euro →

### Fortsetzung von Seite 1

- Soforthilfen für Studierende und Studentenwerke: 35 Mio. Euro
- Aufstockung der Bundesmittel aus dem Soforthilfeprogramm für Schulen zur Anschaffung von mobilen Endgeräten, Kosten der Inbetriebnahme, Förderung von digitalen Schulangeboten usw.: 15 Mio. Euro inklusive des 10 prozentigen Landesanteils.

Aber die Auswahl widerspiegelt: Forderungen der LINKEN werden von den großen Medien kaum kommuniziert. Publikationen, Newsletter und Internetseiten der Partei können hier schlau machen, zudem und besonders Gespräche miteinander.

### Miteinander diskutieren

Um den Umgang der LINKEN mit der Corona-Krise geht es auch im April und Mai in einem neuen Diskussionsformat unseres Kreisverbandes, das Reimar Pflanz angeregt hatte. In dem neuen Format sollen künftig neben Startthemen auch Fragen und Probleme, die Mitgliedern und Sympathisanten im gesamten Landkreis unter den Nägeln brennen, Platz finden. In der Pandemie-Situation sind an den zwei ersten lebhaften Telefonkonferenzen zunächst nur einige Mitglieder des Vorstandes beteiligt. Es zeigen sich differenzierte Ansichten zu Fragen wie: Soll man in einer angespannten Situation als

vernünftig eingeschätzte gesundheitliche Maßnahmen nur kritisieren und torpedieren, weil man in der Opposition ist mit Blick auf Wählerstimmen? Ist vielmehr besonnenes Handeln angebracht? Stimmen wir der zeitweiligen Einschränkung von Grundrechten zu, wenn es um die Eindämmung der Pandemie geht? Deutlich wird in der Debatte: Es fehlt oft an Informationen. Gar nicht bekannt ist beispielsweise einigen Diskutanten, dass Vorschläge von der LINKEN gar von der Regierung übernommen wurden wie Hilfen für Kulturschaffende. Auch Aktionen zahlreicher linker Aktivisten gegen obskure und zum Teil rechtsradikale Corona-Demonstrationen kommen so gut wie gar nicht in den staatstragenden Medien vor. Schließlich ist es aber mit linken Gegen-



Wir fordern:

**Soforthilfefonds zur Bewältigung der Corona-Krise.**

Folgekosten solidarisch abfedern.

aktionen sogar gelungen, die sogenannten Hygiene-Demonstranten vom Berliner Rosa-Luxemburg-Platz zu verdrängen. Fazit der Teilnehmer: Ein regelmäßiger Austausch von Fakten und Argumenten über Ortsverbände und persönliche Beziehungen hinweg ist wichtig. Die Diskussionsrunden sollen fortgeführt und bekannter gemacht werden. Persönlichen Gedankenaustausch, mitunter auch widersprechenden Diskurs zu den großen und kleinen Themen der Politik und des Lebens gibt es bereits seit Jahren u. a. beim gemeinsamen Frühstück am Freitagvormittag in der Strausberger Geschäftsstelle der LINKEN und bei regelmäßigen Infoveranstaltungen mit Fachleuten im LinksTreff Seelow (ausgenommen in Corona-Zeiten).

Renate Adolph



### Corona im Disput

An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich für den Beitrag von Reimar Pflanz in der Mai-Ausgabe der Impulse bedanken.

Vorausgeschickt: All die Verschwörungstheorien, die durchs Netz und von Mund zu Mund wabern, halte ich für konstruiert. Die einfache Wahrheit ist nach meinem Dafürhalten, dass die Natur sich fortlaufend entwickelt und nun eben einen neuen Virus hervorgebracht hat, gegen den wir zurzeit noch keinen Impfstoff haben. Das allein unterscheidet ihn von bereits bekannten Viren und führt dazu, dass zum einen die Pharmaindustrie ein großes Geschäft wittert und zum anderen die gegenwärtig einzigen Gegenmittel Abstand und Hygiene sind. Ich finde, das ist einfach zu verstehen und sollte durch jeden, ganz unabhängig vom Parteibuch, umgesetzt werden.

In diesem Sinne spare ich es mir auch, das Vorgehen der Verantwortlichen auf verschiedenen Ebenen und unterschiedlicher Parteizugehörigkeit zu kritisieren. Die Situation ist für alle neu. Viel wichtiger erscheint es mir, all die systemrelevanten Versäumnisse der Vergangenheit ins Blickfeld zu rücken, die durch Corona schlaglichtartig erhellt und,

obwohl längst bekannt, negiert werden. Und hier muss DIE LINKE ihre Forderungen laut schreien: Rekommunalisierung der Gesundheits- und Altenfürsorge, Schaffung nationaler Produktions- und Materialreserven für Krisensituationen, Finanzierung all dieser Dinge etwa durch eine Senkung der Rüstungsausgaben, durch eine Millionärsteuer, mindestens durch einen spürbaren Einmalbeitrag von Reichen zur Abfederung der Corona-Lasten, Umbau der Krankenversicherungen zu einer einheitlichen Versicherung, in die jeder einzahlt ...

Dazu reicht ein Untersuchungsausschuss nicht aus. Ein Untersuchungsausschuss kann lediglich prüfen, wer Maßnahmen so initiiert, damit er daraus Vorteile ziehen kann. Unsere Forderungen, zum Beispiel auch eine gerechte Verteilung der Krisenlasten, gehören auf die Straße. Aber wer geht aktuell auf die Straße, mit Plakaten für die Freiheit (des Einzelnen), gegen Hygienemaßnahmen, auch gegen gewählte Abgeordnete und gegen Vertreter des Staates (nicht allein Polizei, auch Behörden, Lehrer usw.)? Das läuft nach dem Muster der Pegida-Bewegung, da will ich mich nicht einreihen. Und da marschiert auch nicht DIE LINKE. Und diese Proteste sind nach meinem Empfinden auch nicht auf die Erhaltung der Demokratie gerichtet, sondern einfach nur destruktiv. Genau da sehe ich eine Gefahr: Ab-

schaffung/Umbau der bestehenden Staatsmacht wie seinerzeit in der Weimarer Republik. DIE LINKE ist zu still, da gebe ich Reimar Recht. Leider ist DIE LINKE nicht lauter, als es ihre Kraft hergibt. In Impulse 5/20 findet sich gleich neben dem Beitrag von Reimar eine „Auswahl aktueller Forderungen der LINKEN“. Dies muss aus dem Landtag in die Öffentlichkeit! Und auf der kommunalen Ebene stehen wir vor einem erbitterten Kampf um das schmaler werdende Budget. Hier müssen wir Linken klären, dass die Streichung aller „freiwilligen Aufgaben“ den Gemeinden am Ende teuer zu stehen kommt als eine Kreditaufnahme. Ja, am Ende hängt alles am Gelde. Und monetäre Forderungen sind die, welche die Bürger am ehesten spüren und verstehen.

Abschließend noch ein Gedanke: Corona fordert Tote. Doch weit mehr Menschen auf der Welt hungern, allein in Afrika 250 Millionen Menschen. Wer spricht zurzeit über die Schließung von Flüchtlingslagern? Um all diese Menschen vor dem Tod zu schützen, brauchte man keinen Impfstoff, nur eine etwas gerechtere Verteilung der Güter dieser Erde und mehr Rücksicht auf Natur und Klima.

Ruth Schaefer  
Hoppegarten

## Wachsender Frust bei Eltern und Kindern

Das Verständnis der Elternschaft in Brandenburg sei komplett aufgebraucht, sagte Danilo Fischbach, der Sprecher des Brandenburger Kita-Elternbeirats Ende Mai. „Alles macht wieder auf, aber den Familien erklärt man, dass Kinderbetreuung ein Ding der Unmöglichkeit ist.“ Obwohl es landesweit kaum Neufunktionen gäbe und sogar wieder Fitnessstudios und Schwimmhallen öffneten, dürften Brandenburger Kinder weiterhin zumeist nur tageweise in den Kindergarten oder in die Schule. Bei der Wiedereröffnung der Kitas gäbe es zudem wegen der Kreis-Zuständigkeiten einen Flickenteppich. Auch dies erzeuge Frust, so Fischbach.

In Märkisch-Oderland können Kinder seit dem 25. Mai wieder ihre Tagesstätten besuchen. Doch von einem Regelbetrieb ist man auch hier weit entfernt.

Kurz zuvor haben die Mitglieder des Kreisvorstandes der LINKEN in einem Antrag

den brandenburgischen Landesvorstand und die Landtagsfraktion aufgerufen, ein Konzept für eine schnellstmögliche Rückkehr von Kindern in reguläre Kita-Betreuung zu erarbeiten. Lange diskutierten sie dabei die nachvollziehbaren Notwendigkeiten für Kinder und Eltern sowie Bedenken für die Machbarkeit in den Einrichtungen angesichts geltender Hygienebestimmungen bei oft zu wenig Räumlichkeiten und Personal.

### „Kitas und Horte für alle Kinder öffnen – Personal regelmäßig testen“

Das verlangte die Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag, Kathrin Dannenberg, am 29. Mai.

Die Landesregierung ziehe sich aus der Verantwortung und überlässt es den Kommunen, wie sie die Kinderbetreuung in Corona-Zeiten organisieren. Auf diese entläßt sich nun der Ärger und die Hilflosigkeit der Eltern, die zur Arbeit müssen und nicht wissen, wie sie ihre Kinder unterbringen. „Die Wirtschaft in Brandenburg nimmt allmählich wieder den Regelbetrieb auf, die Menschen müssen zurück an den Arbeitsplatz. Kitas und Horte sollen dagegen erst nach den Sommerfe-

rien öffnen. Das kann nicht funktionieren! Die Folgen sind schon jetzt unterschiedliche Regelungen in den Kommunen, überfordertes Personal und frustrierte Eltern. Das Land muss jetzt Verantwortung übernehmen und Kitas und Horte ab dem 8. Juni wieder öffnen. Eltern und Erzieher sind sich bewusst, dass im gemeinsamen Umgang Vorsicht geboten ist.“

### „Bildungsgerechtigkeit – auch in der Pandemie!“

Das forderte die Landesvorsitzende der LINKEN Brandenburg, Katharina Slanina, bereits am 20. Mai.

Die derzeitige Strategie des Bildungsministeriums in Sachen Schulbetrieb ist eine Katastrophe mit unabsehbaren Langzeitfolgen, meinte Katharina Slanina: „Schüler\*innen, Lehrer\*innen und Eltern fühlen sich in der aktuellen Ausnahme-Situation zunehmend allein gelassen – zu Recht! Die aus dem Bildungsministerium kommenden Anordnungen beschäftigen sich mit Schichtmodellen, Hygienemaßregeln und organisatorischen Vorgaben, verkennen aber völlig, dass Schulen einen Bildungs-, und keinen ‚Aufbewahrungsauftrag‘ haben. Schon jetzt ist klar, dass eine Rückkehr zum Normalbetrieb auch im neuen Schuljahr nicht möglich sein wird. ‚Home-Schooling‘ und Schicht-Unterricht schränken aber vor allem die Bildungschancen der Kinder weiter ein, die es ohnehin schon nicht leicht haben und besonderer Förderung bedürfen.“

Schluss mit Ausgrenzung und Benachteiligung von Kindern in armen Familien: Wir fordern eine eigenständige und einheitliche Geldleistung für alle Kinder und Jugendlichen.

**Jedes Kind ist gleich viel wert!** DIE LINKE.

## Konjunktur- und Investitionsprogramm muss deutsche Wirtschaft fit für die Zukunft machen

„Wir brauchen langfristige öffentliche Investitionen und eine Stärkung kleiner und mittlerer Einkommen, um die Unsicherheit zu überwinden. Ein Konjunktur- und Investitionsprogramm muss die deutsche Wirtschaft fit für die Zukunft machen. Dazu müssen die öffentlichen Investitionen in Infrastruktur auf 80 Mrd. Euro jährlich erhöht und überschuldete Kommunen gestärkt werden. Eine Kaufprämie für Benziner- und Diesel-PKWs ist weder ökologisch noch industriepolitisch sinnvoll. Wir brauchen auch in der Automobilindustrie Investitionen in die Mobilität der Zukunft“, kommentiert Fabio De Masi, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, die Debatte um ein Konjunktur- und Investitionsprogramm der Bundesregierung am 1. Juni.

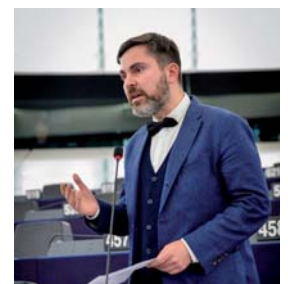
„Der Mindestlohn muss sofort auf 12 Euro und das Kurzarbeitergeld muss auf 90 Prozent des

Nettoentgelts angehoben werden. Sinnvoller als ein einmaliger Kinderbonus wäre eine längere deutliche Anhebung des Kindergeldes ohne Anrechnung auf Hartz IV. Zudem sollte die Stromsteuer gesenkt werden, um Haushalte mit geringen Einkommen zu entlasten. Eine Abschaffung des Soli auch für DAX-Manager und Bundestagsabgeordnete lehnen wir ab. Die zusätzliche Staatsverschuldung finanziert sich durch stärkere wirtschaftliche Aktivität und muss durch die Europäische Zentralbank garantiert werden. Solange die Schuldenbremse noch im Grundgesetz steht, muss die Bundesregierung beantworten, wer die Krisenlasten trägt. Wir fordern eine einmalige Vermögensabgabe für Milliardäre und Multimillionäre bei hohen Freigrenzen auf Betriebsvermögen, die nach der Corona-Pandemie greift.

Die Beschleunigung des steuerlichen Verlustrücktrags durch vorläufige Steuerbescheide

ist sinnvoll. Eine Anhebung der Obergrenze – wie sie die Union fordert – nützt aber vor allem den Konzernen mit hohen Gewinnen. Hingegen sollte die degressive Abschreibung von Investitionen erleichtert werden.

Selbstständige und kleine Unternehmen brauchen mehr und länger Unterstützung. Statt Senkung der Mehrwertsteuern für einzelne Branchen, die den umsatzstärksten Betrieben hilft, muss Jenen geholfen werden, deren Umsätze besonders stark eingebrochen sind. Wir brauchen daher mehr direkte Zuschüsse und weniger steuerliche Hilfen mit der Gießkanne. Alleine die Steuerausfälle durch die Senkung der Mehrwertsteuer für Speisen in der Gastronomie entspricht etwa 2,1 Mrd. Euro und somit 30 000 Euro für jede der etwa 70 000 pleitebedrohten Gaststätten in Deutschland.“



Fabio De Masi

**Bürgerbüros****Bettina Fortunato (Mdl)**

**Bürgerbüro Seelow**  
Breite Straße 9  
15306 Seelow  
Telefon: (0 33 46) 85 21 45  
Telefax: (0 33 46) 85 21 47  
E-Mail: buero-fortunato@t-online.de  
www.bettina-fortunato.de

**Geschäftsstellen****Kreisgeschäftsstelle MOL**

www.dielinke-mol.de  
E-Mail: info@dielinke-mol.de

**Bad Freienwalde**

Grünstraße 8  
16259 Bad Freienwalde  
Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41  
E-Mail: frw@dielinke-mol.de  
www.dielinke-frw.de

**Strausberg**

Große Straße 45  
15344 Strausberg  
Telefon: (0 33 41) 31 17 96  
Telefax: (0 33 41) 31 47 75  
E-Mail: strausberg@dielinke-mol.de  
www.dielinke-strausberg.de

**LinksTreff****LinksTreff Seelow**

Breite Straße 9  
15306 Seelow  
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47  
E-Mail: seelow@dielinke-mol.de  
www.dielinke-seelow.de

**Öffnung der Büros  
der LINKEN im Juni**

- **Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE. MOL in Strausberg:** wieder von Mo. bis Do. von 9 Uhr bis 12 Uhr geöffnet
- **LinksTreff in Seelow:** dienstags von 9 Uhr bis 12 Uhr
- **Wahlkreisbüro von Bettina Fortunato in Seelow:** Montag bis Donnerstag von 9 Uhr bis 13 Uhr

.....  
**Redaktionsschluss** der nächsten Impulse: **1. Juli 2020**

**Erscheinen** der nächsten Impulse: **15. Juli 2020**

**SODI: 30 Jahre internationale Solidarität**

„Begegnung auf Augenhöhe“ – unter dieser Maxime setzt sich der Solidaritätsdienst International e. V. seit 30 Jahren gemeinsam mit Partnern im globalen Süden für die Gleichberechtigung der Menschen und die nachhaltige Verbesserung ihrer Lebensbedingungen ein. Gegründet 1990 in Berlin verbindet SODI seine Projektarbeit im Ausland mit Bildungsarbeit in Deutschland. Mit bislang über 1000 Projekten weltweit setzt sich SODI mit seinen Partnern u. a. für Ernährungssicherheit, Klimagerechtigkeit und gegen Diskriminierungen ein. Ganz aktuell steht das Thema Gesundheit im Mittelpunkt.

In **Namibia** erstellt unsere Partnerorganisation EduVentures mit Hilfe von SODI Informationsmaterial zur Aufklärung über richtiges Verhalten und damit zur Verringerung von Ansteckungen mit COVID-19. In **Südafrika** hat die Partnerorganisation PACSA mit der Verteilung von Lebensmitteln an Menschen begonnen, die infolge der strikten Ausgangssperre zurzeit keine Einkommensquellen haben. Auch in **Kamerun** und der **DR Kongo** haben die Partner von SODI Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie ergriffen. Draufsicht Bamenda (Kamerun) räumt mit einer Videoreihe in den sozialen Netzwerken über kursierende Mythen auf und gibt Tipps zur Vermeidung der Ansteckung mit dem Virus. In der DR Kongo plant der Partner UGEAFI, aufbauend auf einem laufenden Projekt, weitere Aktivitäten zur Reduzierung der Ausbreitung des Virus, insbesondere in der Region Süd-Kivu.

Auch in dieser außergewöhnlichen Zeit dürfen wir den Blick nach außen nicht verlieren! Anlässlich seines runden Geburtstages ruft SODI

**Mehr Biodiversität in Handelsabkommen der EU**

**A**ls Reaktion auf eine Anfrage von Helmut Scholz, Mitglied des EU-Parlaments, will EU-Handelskommissar Phil Hogan künftig Möglichkeiten ausloten, um die Auswirkungen von Handelsabkommen auf die biologische Artenvielfalt besser einzuschätzen und diese Aspekte in bestehenden und künftigen Abkommen stärker berücksichtigen. Das geht aus der Antwort des Kommissars auf einen Brief des handelspolitischen Sprechers der DIE LINKE-Delegation hervor.

„Dass der Handelskommissar nun liefern will,

**SODI!** 30 Jahre Solidaritätsdienst International e.V.



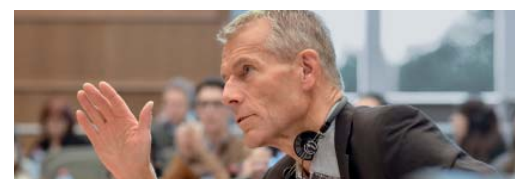
*Kinder einer Grundschule in der DR Kongo lernen, wie man sich richtig die Hände wäscht in einem Projekt zu sauberem Trinkwasser und sicherer Ernährung der Entwicklungsorganisation UGEAFI, Projektpartner von SODI.*

zu einer solidarischen Geburtstagsaktion auf: Mit Spenden statt Geschenken wird nicht nur den Geburtstagskindern eine Freude gemacht, sondern auch anderen Menschen. Unternehmen und Einzelpersonen, die dieses Jahr ebenfalls ihren 30. Geburtstag (oder jedes andere Jubiläum) haben, können gemeinsam mit SODI dieses Ereignis begehen – solidarisch für eine gerechte Welt.

*Dr. Rolf Sukowski  
Vorsitzender des Vorstands SODI*

Weitere Infos unter [www.sodi.de](http://www.sodi.de) oder mit einer E-Mail an [info@sodi.de](mailto:info@sodi.de).

*Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,  
IBAN: DE33 1002 0500 0001 0201 00,  
[www.spenden.sodi.de](http://www.spenden.sodi.de)*



ist ein Gebot der Stunde und ein Erfolg linker Politik im Europaparlament. Biodiversität, Arten- und Umweltschutz sind Themen, die in allen Handelsabkommen der EU eine Rolle spielen müssen. Das hat nicht erst die Corona-Krise deutlich gemacht. Bislang hat sich die Kommission in dieser Frage aber blind gezeigt.“ Scholz hatte den Kommissar Hogan bereits vor einem Monat im Handelsausschuss des Europaparlaments (INTA) auf den **Zusammenhang zwischen Covid-19 und Biodiversität** angesprochen und ihn daraufhin in einem Brief zum Handeln aufgefordert. „Es gilt nun, nicht bei den Ankündigungen stehen zu bleiben. Ich werde Phil Hogan und die Handelspolitik der EU-Kommission daran messen, wie die Aussagen aus der Antwort auf meinen Brief in der Realität umgesetzt werden“, so Scholz.

**IMPRESSUM**

**Herausgeber:** Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

**Vi.S.d.P.:** Niels-Olaf Lüders, Tel. 03341-311796, **Redaktion:** Renate Adolph, [renate@adolph.de](mailto:renate@adolph.de),

**Layout u. Satz:** Fortunato Werbung, - [www.fortunato-werbung.de](http://www.fortunato-werbung.de), **Fotos/Grafiken:** DIE LINKE. MOL, privat